

Europa Aktuell 4/2014

Kommunale Abfälle in der EU – EUROSTAT liefert Zahlen

Die EU-Statistikbehörde EUROSTAT veröffentlichte kürzlich die jüngsten Zahlen zur Behandlung kommunaler Abfälle in der EU. Demnach variieren sowohl Abfallaufkommen als auch Art und Weise, wie mit kommunalen Abfällen umgegangen wird stark von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat. Österreich liegt beim Abfallaufkommen mit 500-600 kg pro Person und Jahr im europäischen Mittelfeld, während jeder Däne durchschnittlich 668 kg Abfall produziert und damit das Feld anführt. In Dänemark wird der Großteil der Abfälle verbrannt, die Abwärme oft für Kraft-Wärmekopplung genutzt. Österreich zählt beim Wert „Recycling und Kompostierung“ zu den europäischen Spitzenreitern, was v.a. auf die guten Ergebnisse bei der Kompostierung zurück zu führen ist, wo Österreich Platz eins einnimmt. Insofern gibt es noch Verbesserungsbedarf beim Recycling, laut EUROSTAT werden in Österreich nur 28% der kommunalen Abfälle recycelt, 35% werden verbrannt.

Die auf Deutsch vorliegende Pressemitteilung von EUROSTAT enthält eine Tabelle mit den Werten aller EU-Mitgliedsstaaten, die verdeutlicht, dass es in zahlreichen Ländern noch gehörigen Aufholbedarf gibt. In Rumänien, Griechenland und Lettland etwa landen weit über 80% der Abfälle auf Deponien, in Serbien und Bosnien-Herzegowina sind es erschreckende 100%.

Interessant auch die Zahlen für Belgien: Obwohl vielen Besucher von Brüssel als erstes die scheinbar chaotische Müllsammlung auffällt, liegt Belgien gemeinsam mit Österreich im Mittelfeld beim Abfallaufkommen und erreicht sogar höhere Werte beim Recycling.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/8-25032014-AP/DE/8-25032014-AP-DE.PDF

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home>

EU-Parlament schließt wichtige Dossiers ab

Bis zu den Europawahlen bleiben weniger als zwei Monate, die letzte Plenarsitzung findet Mitte April statt. Die dort verabschiedeten Berichte können noch im EU-Gesetzgebungsprozess verwendet werden, was einen Abschluss von bestimmten Dossiers ermöglicht, sofern der Rat als Co-Gesetzgeber keine wesentlichen Einwände gegen die Position des Parlaments erhebt.

Schon seit Jahresbeginn zeigt sich, dass das Parlament möglichst viele Gesetzgebungsverfahren zu einem Ende bringen will, schließlich ist das dann im Juli angelobte neue EU-Parlament nicht an Vorarbeiten der jetzigen Abgeordneten gebunden.

Aus kommunaler Sicht ist daher auf folgende Verfahren hinzuweisen:

- **Megatrucks:** Der Verkehrsausschuss unter Berichterstatter Jörg Leichtfried empfiehlt dem Plenum, den aktuellen Vorschlag der EU-Kommission zurückzuweisen und stattdessen bis 2016 eine detaillierte Folgenabschätzung vorzulegen, auf welcher dann ein neuer Richtlinienvorschlag für den grenzüberschreitenden Verkehr aufbauen kann. Dies kann durchaus auch als grundsätzliche Kritik an der Qualität von Folgenabschätzungen verstanden werden, denn die Kommission ist bereits jetzt verpflichtet, die Auswirkungen ihrer Vorschläge zu analysieren und gemeinsam mit dem entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen. Während der Verkehrsausschuss bestimmte, der Verkehrssicherheit dienende Elemente des Richtlinienvorschlags zur Annahme empfiehlt, fordert er dezidiert eine umfassende Folgenabschätzung zu den Auswirkungen von sog. Gigalinern im grenzüberschreitenden Verkehr. Diese soll zumindest die Bereiche Umwelt, Verkehrssicherheit, Infrastrukturkosten und den internationalen Wettbewerb umfassen. Wenn sich das Plenum dieser Meinung anschließt, heißt es hier „zurück an den Start“. <http://joerg-leichtfried.at/2014/03/leichtfried-offnung-der-grenzen-fur-gigaliner-ist-vom-tisch/>
- **Solidaritätsfonds:** Der Regionalausschuss stimmte am 19. März einstimmig für den gemeinsam mit dem Rat gefundenen Kompromiss für die Neuordnung des EU-Solidaritätsfonds, der bei Überschwemmungen und anderen Naturkatastrophen zur Auszahlung kommt. Der Fonds soll u.a. schneller auszahlen, Vorschüsse leisten können und den betroffenen Mitgliedstaaten mehr Zeit für die Verwendung der Hilfsmittel zugestehen. Die Annahme im Plenum und durch den Rat ist nur noch eine reine Formalität. http://ec.europa.eu/regional_policy/thefunds/solidarity/index_de.cfm#7

Vergabepaket im EU-Amtsblatt veröffentlicht

Am 28. März wurde im EU-Amtsblatt L 94 das sogenannte Vergabepaket veröffentlicht, das sich aus der Richtlinie über die Konzessionsvergabe, der Richtlinie über die öffentliche Auftragsvergabe und der Richtlinie über die Vergabe von Aufträgen in den Bereichen Wasser, Energie- und Verkehrsversorgung sowie Postdienste zusammensetzt. Die Richtlinien treten 20 Tage nach Veröffentlichung in Kraft und müssen bis 18. April 2016 in nationales Recht umgesetzt sein.

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L:2014:094:FULL&from=DE>

Verhaltene Zustimmung zu Klima- und Energiepaket

Der Europäische Rat behandelte auf seiner Sitzung im März auch das Klima- und Energiepaket, das die EU-Kommission im Jänner präsentiert hatte. Damit kann die Kommission nun einen Schritt weitergehen, die von ihr vorgelegten Mitteilungen haben nur Empfehlungscharakter, die Kommission benötigte daher klare Signale der Staats- und Regierungschefs. Wie bei

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates üblich, sind die Signale zwar nicht ganz so klar, Zustimmung gibt es aber für mehr Energieeffizienz und auch die Erschwinglichkeit von Energie für Endverbraucher wird vom Europäischen Rat mehrmals betont. Die Vorschläge der Kommission bis 2030 die Treibhausgasemissionen um 40% zu verringern sowie europaweit 27% der Energie aus erneuerbaren Quellen zu beziehen, sollen überprüft und ihre Auswirkungen auf die einzelnen Mitgliedstaaten dargestellt werden. Das Energiepaket stellt überdies die Kosteneffizienz von Maßnahmen in den Mittelpunkt, auch dieser Ansatz fand im Europäischen Rat Zustimmung. Im Oktober wird sich der ER neuerlich mit der Energiepolitik befassen, was auch insofern von Bedeutung ist, als sich Europa auf eine gemeinsame Linie für die internationalen Klimaverhandlungen im Jahr 2015 (COP21) einigen muss.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/141777.pdf

US-Schiefergas für Europa?

Im Rahmen des EU-USA-Gipfels Ende März in Brüssel kam auch die Energieversorgungssicherheit in Europa zur Sprache. Die EU bezieht derzeit ein Viertel ihres Gasbedarfs aus Russland, um einer neuerlichen Energiekrise vorzubeugen soll versucht werden, die Bezugsquellen zu diversifizieren. Präsident Obama kündigte die Möglichkeit von US-Gaslieferungen (zu Weltmarktpreisen) an, die aufgrund der „Schiefergasrevolution“ möglich sind. Details sollen im Rahmen eines eigenen Energiegipfels zwischen EU und USA besprochen werden.

RGRE Partner von Age-Friendly-Europe

Der europäische Dachverband RGRE ist seit Februar Mitglied des Netzwerks AFE-INNOVNET, das sich mit innovativen Lösungen für die alternde Bevölkerung befasst. Dabei geht es etwa um Nachbarschaftshilfe, IT-unterstützte Gesundheits- und Pflegedienste oder altersgerechte Adaptierung des Wohnraums.

Dem Konsortium von AFE-INNOVNET gehören neben dem RGRE mehrere Gemeinden, Städte oder deren Verbände sowie Forschungsinstitute an. Ziel des Projekts sind die Förderung innovativer Lösungen und der Austausch bewährter Verfahren auf lokaler und regionaler Ebene. Interessierte Gemeinden oder andere Stakeholder erhalten über den RGRE Zugang zum Projekt oder können sich im Rahmen des RGRE-Netzwerks zum Intergenerationendialog einbringen.

<http://afeinnovnet.eu/about/objectives>